

Kocka, Jürgen

Article

Reformen von oben und außen

Das Hochschulwesen: HSW. Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

Provided in Cooperation with:
WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1994) : Reformen von oben und außen, Das Hochschulwesen: HSW. Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik, ISSN 0018-2974, Webler, Bielefeld, Vol. 42, Iss. 2, pp. 93-96

This Version is available at:
<http://hdl.handle.net/10419/112471>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Reformen von oben und außen

Jürgen Kocka

Im Unterschied zu meinen Vorrednern spreche ich aus der Perspektive eines Westdeutschen. Ich bin Historiker und der Bereich, den ich am ehesten kenne, ist der der Geistes- und Sozialwissenschaften. Ich war im Wissenschaftsrat mit der Evaluation der Geisteswissenschaften außeruniversitär beschäftigt. Im ganzen scheint es mir so, daß die Umstrukturierung und die Vereinigung der beiden Wissenschaftssysteme das Grundmuster widerspiegeln, das für die Vereinigung insgesamt gilt.

Dazu gehört erstens, daß im wesentlichen die Vereinigung als Übertragung des westdeutschen Modells auf die hinzugekommenen östlichen Länder vor sich geht, was aus der extremen Ungleichheit zwischen den beiden deutschen Staaten im Jahr 1990 resultiert und einer Entscheidung entspricht, die damals von großen Mehrheiten im Sommer 1990 getragen wurde. Auf eine bewußte Reform des Gesamtsystems im Zuge seiner Ausdehnung nach Osten wurde – bis auf kleine Ausnahmen (man denke an die Arbeit des Verfassungsausschusses) – verzichtet.

Zweitens, diese Übertragung des westdeutschen Systems gelingt in einzelnen Bereichen recht gut, man denke an die Verfassungsordnung als Beispiel, in anderen Bereichen offenbar sehr viel weniger oder sehr schlecht. Man denke an wirtschaftliche Leben oder an die Verankerung der Parteien in der Bevölkerung oder an die kollektiven Identitäten, in bezug auf die sich sogar in der letzten Zeit Gegenteilstendenzen zu zeigen scheinen.

Die große, derzeit noch nicht zu beantwortende Frage scheint mir zu sein, ob und, wenn ja, in welche Richtung sich das Gesamtsystem entgegen der Intention von 1990 ungeplant, ungewollt, im Zuge seiner Ausdehnung nach Osten hin qualitativ verändert und die neue Bundesrepublik sich von der alten eben dann doch stark unterscheidet. Dafür gibt es viele Anzeichen in der politischen Kultur, ebenso wie in der Suche nach einer neuen außenpolitischen Doktrin in der Bundesrepublik, aber sicher auch im Verfassungsrecht der östlichen Länder und anderes mehr.

**Wir waren sehr beeindruckt
von den Mängeln des dortigen
Wissenschaftsbetriebs**

Die Vereinigung der beiden Wissenschaftssysteme entspricht diesem Grundmuster. Das vorweg versandte Papier von *Hans-Joachim Bieber* schildert – wie ich finde – die Umriss des gesamten Prozesses gut. Man muß sagen, daß die Angleichung des ostdeutschen Wissenschaftssystems an das westdeutsche in diesen drei Jahren sehr rasch vorangekommen ist, dank eines erheblichen Einsatzes von finanziellen und personellen Mitteln aus dem Westen. Auch dank entweder großer Anpassungsbereitschaft oder geringer Fähigkeit zum Widerstand auf der Seite der östlichen Länder. Auf dieser Tagung stehen die kritischen Aspekte dieses Prozesses im Vordergrund. Auch ich komme gleich dazu, aber ich will zunächst sagen, daß diese Umstrukturierung natürlich auch viele Fortschritte erbracht hat. Wir, die wir diese Besuche in den außeruniversitären Forschungsinstituten 1990/91 machten, waren sehr beeindruckt von

den Mängeln und den Schwächen des dortigen Wissenschaftsbetriebs. Das reichte von den schlechten Arbeitsbedingungen der Bibliothekssituation und mangelnden Kommunikationsmöglichkeiten, über ein hohes Maß an Spezialisierung und Unbeweglichkeit bis hin zum Mangel an innerer Pluralität und zur politischen Instrumentalisierung.

Es gab in den letzten drei bis vier Jahren viele Neuanfänge, es gibt neue Chancen gerade für jüngere auf der Grundlage von Stipendienprogrammen, es gibt viele neue Kooperationen. Die Geschichte der Vereinigung der beiden Wissenschaftssysteme in den letzten drei Jahren war auch eine Erfolgsgeschichte.

Aber dieser Prozeß der Erneuerung nach westdeutschem Muster hat auch erhebliche Kosten, Grenzen und Nachteile. Da sind zuerst, und ich schließe mich an Herrn Meyer an, die Abbrüche, die voluminöse Destruktion. Die Zahl von Herrn Meyer war mir in dieser Weise nicht bekannt. Ich hatte leicht andere, auch aus WZB-Mitteilungen vom Anfang dieses Jahres, aber in die Details der Zahlen kann man jetzt auf keinen Fall hineingehen. Eine Frage habe ich an Herrn Meyer in diesem Zusammenhang: Was waren die Hauptmechanismen für diesen Abbruch, waren es Resultate von Finanzentscheidungen, hinter denen dann politische Setzungen stehen oder waren es Resultate der Umdefinition von Qualifikationen und daraus folgende Abbrüche oder bis zu welchem Grade waren es Resultate direkter politischer Säuberungen?

Die voluminösen Abbrüche, das ist das eine. Zum zweiten gehört zu den Nachteilen und Schwierigkeiten die Tatsache, daß es so etwas wie eine Reform von außen und oben geworden ist. Ich weiß nicht, ob Selbstreform möglich gewesen wäre. Trotz gewisser eigenständiger Entwicklungen in den Hochschulen und in den Instituten in den ersten Monaten von 1990 bin ich da skeptisch; aus Gründen, die ich erläutern könnte. Die Autonomie wurde früh verlangt, aber die Autonomie hätte in dieser Zeit sehr leicht zu einer Verfestigung von alten Strukturen, die unter Nicht-Autonomiebedingungen entstanden waren, geführt.

**Die Reform stand primär
unter der Regie
von Westdeutschen**

Aber so, wie die Reform dann stattfand, stand sie primär unter der Regie von Westdeutschen: als Mischung von behördlich-politischen Verordnungen einerseits und westdeutsch geprägter wissenschaftlicher Selbstverwaltungsteilnahme andererseits. Alte Abhängigkeiten und Unterordnungserfahrungen wurden in neuer Form und mit neuen Inhalten fortgesetzt. An professionell-kollektiver Resistenz hatten die Hochschulen und Institute in den neuen Ländern aus verständlichen Gründen wenig entgegenzusetzen, und ich denke, demokratische Selbstverwaltungsstrukturen wachsen nur langsam. Ich glaube nicht, daß das Maß an demokratischer Substanz im vereinigten Deutschland größer ist als in der alten

Bundesrepublik, und das gilt meines Erachtens auch fürs Hochschul- und Wissenschaftssystem. Damit hängt zusammen, daß man sich manchmal fragt, ob und wie das in den Osten übertragene Westsystem hier eigentlich Wurzeln schlägt. Wie steht es mit der Kollegialität der neu zusammengesetzten, zum Teil zusammengewürfelten Fachbereiche, wie steht es mit studentischer Teilnahme an den Angelegenheiten der Universität? Zehn Prozent der Positionen in den Hochschulen und in den Instituten sollen durch Westdeutsche besetzt sein, meistens die führenden. Wie ist deren Verhältnis zu den anderen? Die Bemerkung eines Redners vorhin war skeptisch: praktisch fehlende Kontakte. Hängen die neu ankommenden länger in der Luft, wie eine künstliche Oberschicht? Schließlich wiegt schwer, daß wir ein Hochschulsystem nach dem Osten exportiert haben, das voll von bekannten Mängeln ist und das sich über die Jahrzehnte hinweg als reformunfähig erwiesen hat.

Warum haben wir dieses im Weltmaßstab keineswegs vorn rangierende System mit seinen Mängeln nach Osten hin ausgedehnt, statt es bei dieser Gelegenheit zu reformieren? Haben Chancen zur Reform bestanden, die vertan wurden? Hätte man zu diesem Zweck an DDR-Traditionen anknüpfen können und sollen, die man besser erhalten statt abgebrochen hätte? Das ist eine Grundfrage der Tagung. Der Einigungsvertrag, Art. 38, hätte es erlaubt. Überlegungen und Strömungen in dieser Richtung gab es auch im Wissenschaftsrat. Durchgesetzt haben sie sich kaum. Warum? Es gibt viele Detailantworten; die wichtigsten davon finde ich im Papier von *Bieber*. Auf einer sehr allgemeinen Ebene überzeugt mich die Kombination von drei Antworten.

1. Die Vereinigung fand einerseits in einer Krise statt. Der Zeitpunkt war hoch. Was man in der DDR bei näherem Hinschauen fand, war dringend veränderungsbedürftig, zum Teil in bösem Zustand bis hin zu undichten Gebäuden, problematisch aufgehobenen Archiven, aber auch bis hin zu den politischen Selbstzerstörungs- und Auflösungserscheinungen von 1990. Rasches Handeln war nötig, ohne Vorbereitung, mit viel Improvisation und unsicherem Ausgang, mit dem Risiko noch größerer Abbrüche, wenn es nicht gelingen sollte, schnell zu entscheiden, zu empfehlen und zu handeln. In einer solchen Situation greift man nach dem, was sich einigermaßen bewährt zu haben scheint, auch wenn es nicht optimal ist; nach den bekannten und eingespielten Modellen, statt sich auf den mühsamen Weg einer Neukonzipierung und den noch mühsameren Weg des Konsensfindens zu begeben.
2. Die Krise war andererseits nicht tief genug. Als Preußen bei Jena und Auerstedt verloren hatte, war die Katastrophe so tief, daß nur die Wahl bestand zwischen einer radikalen Selbstreform oder dem Untergang. Eine der Folgen war dann die Humboldt'sche Universität. Aber die Wende von 1989/90 stürzte nur den einen Teil, den kleineren Teil Deutschlands in eine tiefe Krise, die DDR. Auf die Bundesrepublik wirkte diese Wende umgekehrt als Bestätigung, als Erfahrung von Überlegenheit, wie ein Schub

der Selbstanerkennung. In einer solchen Situation neigt man nicht zu gesteigerter Selbstkritik und nimmt Veränderungen nur ungern hin, wenn sie schmerzlich sind. In dieser Situation waren die zuständigen Ministerien und die großen Wissenschaftsorganisationen, die die entscheidenden Akteure stellten, zur Orientierung am Status quo geneigt. Auch Konkurrenzdenken hat dabei eine große Rolle gespielt. Warum soll man Neuem aufhelfen, das einem später bedrohlich werden kann. Nach meinen Eindrücken hat insbesondere die HRK eine sehr bewahrende Rolle in bezug auf die westdeutsche Grundstruktur gespielt. Die Hochschulen waren und sind zu schwach, um sich selbst zu reformieren. Aber sie sind über ihre Dachorganisation häufig stark genug, manches Neue zu verhindern, das außerhalb ihrer Mauern gedeihen möchte.

3. Ich sehe nicht so recht, was das alte DDR-System zur positiven Erneuerung des Gesamtsystems hätte beitragen können. Natürlich gab es auch sehr gute Forschung, in den Referaten wurde vorher davon gesprochen. Vieles wurde ja auch im Detail erhalten, von der Turfanforschung über das Altägyptische Wörterbuch bis zur MEGA (Marx-Engels-Gesamtausgabe), um nur Beispiele aus meinem Bereich zu nennen. Und das Referat über Berlin-Buch hat das im Grunde ja auch bestätigt. Es wird sicherlich viele andere Ansätze gegeben haben, die es zu erforschen lohnt, und zwar schnell, Ansätze die zu Unrecht abgebrochen sind. Ich war sehr beeindruckt von der Bemerkung von Herrn *Geissler*, daß in der Beschränkung sich auch Meisterschaft herausbilden kann. Und gerade die Mängel der DDR im operativen Bereich können zur Erfindung von Alternativen geführt haben, die nach dem Raster, das von der Evaluation angelegt wurde, nicht immer ins Gesichtsfeld getreten sind. Die Geschichte dieser Dinge bleibt zu schreiben. Vielleicht gehört auch die strikte Berufsbezogenheit mancher Studiengänge zu diesem Bewahrenswerten, das System der Fernstudien – was noch? Aber generell gilt, daß es sehr schwer ist, ein Element aus einem System in ein anderes zu transferieren, ohne andere Elemente mitzutransferieren, mit denen es zusammenhängt, aber die man nicht transferieren will. Das kann man z. B. in bezug auf die Dozenten-Studenten-Relation zeigen. Diese günstigere, numerische Relation zwischen Dozenten und Studenten in der DDR hing zusammen mit der relativen Abschließung dieses Systems und den Elementen der Gängelung. Und vielleicht könnte man auch in bezug auf manche Phänomene der Interdisziplinarität im alten DDR-System ähnlich argumentieren. Denn gerade dort, wo interessante interdisziplinäre Ansätze geschaffen wurden, war die Gefahr der politischen Instrumentalisierung, jedenfalls im geisteswissenschaftlichen Bereich sehr groß.

Insgesamt denke ich, hat das Erbe der DDR, das die Bundesrepublik zu übernehmen hatte, ihre Reformfähigkeit nicht erhöht, sondern eher belastet. Das gilt fürs

Wissenschaftssystem wie für andere Bereiche auch. Trotzdem gibt es einige Neuansätze, die aus der Krise hervorgehen. Vielleicht gibt es mehr, als ich kenne. Die kulturwissenschaftliche Fakultät der hiesigen Europa-Universität in Frankfurt/Oder scheint mir dazuzugehören. Ein gewagtes Unternehmen, dem man nur viel Glück wünschen kann.

Heute scheint eine Universitätsreform wahrscheinlicher, als sie es je war in den letzten 20 Jahren. Und ich denke, daß dies teilweise den Diskussionen und Erfahrungen zuzurechnen ist, die in der Folge der Vereinigung geführt und gemacht wurden. Hier ist man natürlich besonders gespannt, was von den politischen Akteuren und den anderen Teilnehmern aus den östlichen Ländern kommt.

**Da findet man einen
gewissen Dogmatismus
des Status quo**

Und schließlich nenne ich gerne die geisteswissenschaftlichen Zentren, von denen ich eins, nämlich das für Zeithistorische Studien in Potsdam, leite. Es ist der Versuch, aus der Not der Vereinigungskrise sozusagen eine langfristig wirksame Reform herauszudestillieren, eine neue Institution universitätsnaher, aber selbständiger Forschung im geisteswissenschaftlichen Bereich, eine Institution, die nicht nur, aber auch die Aufgabe hat, gut begutachtete Forscher aus den aufgelösten Akademieinstituten aufzunehmen. Eine Institution, die aber darüberhinaus eine langfristige Verbesserung der Infrastruktur der geisteswissenschaftlichen Forschung in Deutschland bieten sollte. Die Überlebenschancen sind unsicher. In der Auseinandersetzung um diese Zentren, die zunächst nur bis Ende 1994 institutionalisiert sind und die jetzt unter dem Dach der Max-Planck-Gesellschaft sehr gut betreut werden, in dieser Auseinandersetzung zeigt sich die ganze Problematik. Da findet man einen gewissen Dogmatismus des Status quo. Der Satz, daß die Forschung und Lehre eine Einheit bedeuten müssen und unter dem Dach der Universität zu betreiben sind, ist ja richtig. Aber er darf nicht so ausgelegt werden, daß jede neue Variante einer außeruniversitären, aber universitätsnahen Forschung verhindert wird. Konkurrenzdenken spielt eine große Rolle. Das Mißtrauen, das im west-östlichen Spannungsverhältnis eingebaut ist, wirkt sich auch auf die Chancen des Überlebens dieser Zentren aus.

Aber auch etwas anderes spielt eine Rolle, was in den drei Referaten, die wir heute gehört haben, nicht zur Sprache gekommen ist. Nämlich die ganz erheblichen Frontstellungen zwischen Ostdeutschen. Die FAZ-Artikel, die hier zitiert wurden und die die Existenzberechtigung des Potsdamer Zentrums für Zeitgeschichte in Frage stellen, sind von jungen Historikern aus den früheren Akademie-Instituten der DDR geschrieben worden. Sie wenden sich gegen die Weiterbeschäftigung anderer ostdeutscher Historiker. Wer immer an Berufungs- und Personalentscheidungen in den letzten Jahren teilgenommen hat, ist beeindruckt durch die Tatsache, daß

natürlich ein West-Ost-Spannungsverhältnis besteht. Aber auch davon, daß es überlagert, konterkariert und in andere Richtungen gedrängt wird durch die intensiven Spannungsverhältnisse zwischen Ostdeutschen untereinander. Da wirken lange Erfahrungen der Diktatur, der Verletzung durch diese weiter. Das hat Bitterkeiten, Ressentiments und nicht nur Versöhnungsbedürfnisse geweckt. Und es ist diese Konstellation, die jeden Neuanfang im Augenblick in diesem Bereich

zusätzlich belastet. Hier wird hauptsächlich über das Ost-West-Unterlegenheits-Überlegenheitsverhältnis auch unter dem Stichwort Kolonialisierung gesprochen. Ich plädiere sehr dafür, diese zweite, inner-ostdeutsche Front, die sehr wirksam ist, mit in die Gedanken einzubeziehen.

Prof. Dr. Jürgen Kocka,
FB Geschichtswissenschaften, FU Berlin